

Ausgabe 1.2018

Magazin der FPÖ Steiermark

# WirtschaftsSteirer

KONKRET . KRITISCH . FREIHEITLICH



## Mutig in die neuen Zeiten!



**Stefan Hermann  
im Interview**

**Radikal-Islam aus  
Schulen verbannen!**

**Förderdschungel  
endlich lichten!**

# Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser!



**„Die Weichen für den rot-weiß-roten Schnellzug wurden gestellt und er fährt in die richtige Richtung!“**

*(Heinz-Christian Strache im Rahmen der erfolgreichen Regierungsklausur im steirischen Seggau)*

Die politischen Verhältnisse in Österreich haben sich in den vergangenen Monaten nachhaltig geändert. Die ehemals als große Koalition bezeichnete Regierungskonstellation bestehend aus ÖVP und SPÖ gehört endgültig



der Vergangenheit an. Die neue Regierungsmannschaft unterscheidet sich jedoch nicht nur in der farblichen Zusammensetzung von der früheren Ministerriege, sondern vor allem auch in Fragen der inhaltlichen Positionierung.

In der diesmaligen Ausgabe des freiheitlichen Magazins „Wir Steirer“ stellen wir deshalb das neue Regie-

programm vor und gehen auf die personellen Weichenstellungen innerhalb der FPÖ Steiermark ein. Darüber hinaus ist es für uns von zentraler Bedeutung, die konstruktive Oppositionspolitik auf Landesebene darzulegen. Immerhin werden die Problemstellungen in den Bereichen Migration, Bildung und Regionalentwicklung von der schwarz-roten Landesregierung weiterhin hartnäckig ignoriert. Besonders ernüchternd ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die steirische ÖVP offenbar am erfolglosen Kurs der letzten Jahre festhält und sich kein Vorbild an der Neuausrichtung ihrer türkisen Bundespartei nimmt.

Die FPÖ wird als „Soziale Heimatpartei“ auch in Zukunft die Interessen der Steirer in den Mittelpunkt rücken und die Versäumnisse und Verfehlungen dieser Landesregierung entsprechend deutlich aufzeigen.

**Ihr Stefan Hermann**

## Mario Kunasek ist für das Verteidigungsministerium

Der steirische FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek wurde am 18. Dezember vergangenen Jahres von Bundespräsident Alexander Van der Bellen als neuer Bundesminister für Landesverteidigung angelobt. Aus Sicht der Steirischen Freiheitlichen ist es eine große Auszeichnung, mit Mario Kunasek den Verteidigungsminister zu stellen.

### Bundesheer wird weiter Grenzen schützen!

Im Zuge seines Amtsantritts skizzierte der steirische Minister bereits seine Ziele. So ist es für Mario Kunasek von zentraler Bedeutung, dass das Bundesheer seine verfassungsmäßigen Aufgaben voll und ganz erfüllen kann. Der karenzierte Stabsunteroffizier betonte, dass besonderes Augenmerk auf hybride Bedrohungen gelegt werden muss. Darüber hinaus wird das Bundesheer auch weiterhin in enger Abstimmung mit dem Innenministerium die Polizei an den österreichischen



Mario Kunasek bei der Angelobung in der Hofburg.

## Inhalt

	Seite
<b>Interview mit Stefan Hermann</b>	4-5
<b>Regierungsprogramm 2017 bis 2022: „Zusammen. Für unser Österreich!“</b>	6-7
<b>Starke Steirer im Parlament</b>	8-9
<b>Deutsche Sprache auf dem Rückzug: Neuerlicher Anstieg von Kindern nichtdeutscher Muttersprache</b>	10-11
<b>Steirischer Budgetkurs mit griechischem Einschlag</b>	12-13
<b>Radikal-Islam aus steirischen Schulen verbannen!</b>	14-15
<b>Universalmuseum Joanneum: Schwarz-roter Postenschacher</b>	16-17
<b>Förderdschungel lichten!</b>	18
<b>Fachabteilungen des Landes in Regionen ansiedeln!</b>	19

### IMPRESSUM

Herausgeber: FPÖ Steiermark, Hans-Sachs-Gasse 10/4, 8010 Graz, Tel.: 03167072258, E-Mail: wirsteirer@fpoe-stmk.at  
 Redaktionsleitung: Philipp Könighofer, wirsteirer@fpoe-stmk.at

Produktion und Konzeption: Promedia, 8010 Graz, Waltendorfer Hauptstraße 109c  
 Layout und Grafik: Christian Wallner, 8041 Graz, Leberackerweg 1, www.wallner-media.at  
 Druck & Vertrieb: redmail Logistik & Zustellservice, 8010 Graz



**TOP:** Die neue Bundesregierung führt ein Familienbonusystem ein. Das heißt, die Steuerlast wird für Familien um bis zu 1.500 Euro reduziert.



**FLOP:** SPÖ-Verkehrslandesrat Anton Lang lässt Fahrverbote und ein Citymautkonzept für die Landeshauptstadt Graz prüfen. Diese Modelle würden die innerstädtische Wirtschaft und die Pendler massiv treffen.



# der richtige Mann ngsministerium!



Mario Kunasek mit der Militärmusik.

Alle Fotos: Bundesheer/Pusch

Grenzen unterstützen. Ein zentrales Anliegen ist dem neuen Minister auch die Stärkung der Miliz.

## Kasernenstandorte bleiben erhalten!

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit hielt Kunasek in einem Interview mit der „Steirer-Krone“ fest, dass es mit ihm keine Kasernenschließungen in der Grünen Mark geben werde. Dieses klare Bekenntnis ist vor allem angesichts der infrastrukturellen Ausdünnungsmaßnahmen durch die schwarz-rote Landesregierung ein wichtiges Zeichen.

## Grundwehrdienst soll modernisiert werden!

Laut dem türkis-blauen Regierungsprogramm soll künftig eine qualitativere Grundausbildung sichergestellt werden, insbesondere durch die Einführung einer Rekrutenschule. Weiters wird auch eine primäre militärische Verwendung der Rekruten angestrebt. Zudem ist beabsichtigt, im Rahmen der budgetären Möglichkeiten eine Erhöhung der Grundvergütung von Grundwehrdienern zu initiieren.



Kunasek bei der Amtsübergabe im Verteidigungsministerium.



Mario Kunasek bei seinem ersten Steiermark-Besuch mit Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer.

Gerade die vielseitigen Zielsetzungen des neuen Verteidigungsministers verdeutlichen, dass Mario Kunasek in den kommenden Jahren die österreichische Politik in den ihm übertragenen Aufgabengebieten zweifelsohne positiv beeinflussen wird.



Interview mit  
**Mario Kunasek**  
(Verteidigungsminister)

**Wir Steirer:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wie gestalteten sich die ersten Wochen im neuen Amt?

**Kunasek:** Besonders wichtig war es mir, mich schnellstmöglich mit den ressortspezifischen Themenstellungen vertraut zu machen. Dabei kam mir natürlich meine langjährige Erfahrung als Parlamentarier und Vorsitzender des Landesverteidigungsausschusses sowie meine berufliche Tätigkeit als Stabsunteroffizier zu Gute.

**Wir Steirer:** Wo liegen Ihre inhaltlichen Zielsetzungen als Bundesminister für Landesverteidigung?

**Kunasek:** Die sicherheitspolitischen Herausforderungen in den nächsten Jahren werden eine Reihe an Maßnahmen erfordern. So spannt sich der Bogen von der Attraktivierung des Grundwehrdienstes über die Sanierung der Kasernen und ihrer Infrastruktur bis hin zur aktiven Mitwirkung am nationalen Cyber-Sicherheitszentrum.

**Wir Steirer:** Eine Frage, die mit Sicherheit vielen Lesern unter den Nägeln brennt, werden Sie bei den Landtagswahlen 2020 als Spitzenkandidat der FPÖ Steiermark zur Verfügung stehen?

**Kunasek:** Der Landeshauptmann sollte sich nicht zu sicher sein, da halte ich es ein bisschen wie Arnold Schwarzenegger - möglicherweise „I'll be back“. Jetzt bin ich Verteidigungsminister, das mache ich mit vollem Einsatz, und alles andere wird aus der Situation heraus entschieden werden.

**Wir Steirer:** Danke für das Gespräch!

# „ÖVP und SPÖ ketten sich in der



Stefan Hermann bei einer Kundgebung im Rahmen der Nationalratswahl.

Interview mit  
**Mag. Stefan Hermann, MBL**  
(FP-Klubobmann)

**Im Rahmen einer Sitzung des Freiheitlichen Landtagsklubs wurde FPÖ-Landesparteiensekretär Stefan Hermann offiziell zum neuen Klubobmann gewählt. Die Angelobung als Landtagsabgeordneter fand am 16. Jänner statt. Damit folgt er dem nunmehrigen Bundesminister für Landesverteidigung Mario Kunasek nach.**

Der frischgebackene Klubchef ist seit über zwölf Jahren kommunalpolitisch aktiv und seit dem Jahr 2015 Vizebürgermeister der Marktgemeinde Feldkirchen bei Graz. Neben einem abgeschlossenen Studium der Rechtswissenschaften an der Karl-Franzens-Universität hat der ehemalige Landesobmann des Rings freiheitlicher Jugend auch ein Masterstudium im Bereich Wirtschaftsrecht absolviert.

Im großen „Wir Steirer“-Interview spricht der 32-jährige Jurist über die inhaltliche Ausrichtung der Steirischen Freiheitlichen und die größten landespolitischen Herausforderungen.

**Wir Steirer:** Sehr geehrter Herr Klubobmann! Wie gestalteten sich die ersten Wochen in Ihrer neuen Funktion?

**Hermann:** *Es war eine spannende, turbulente und zugleich fordernde Zeit. Besonders wichtig war es aus meiner Sicht, die Weichen für eine Fortsetzung des eingeschlagenen Erfolgswegs von Mario Kunasek und Gerhard Kurzmann zu stellen. Auf personeller Ebene sind wir mit den Klubpräsidiumsmitgliedern Gerald Deutschmann, Anton Kogler, Marco Triller und Gerhard Kurzmann insgesamt hervorragend aufgestellt. Inhaltlich haben wir in den ersten Monaten bereits viel vor.*

**Wir Steirer:** Welche inhaltlichen Schwerpunkte möchten Sie konkret im Landtag setzen?

**Hermann:** *Die ersten Schwerpunkte im kommenden Jahr werden ein Forderungskatalog zu erhöhten Kontrollrechten im Kommunal-*

# Steiermark weiter aneinander!“

bereich und der Ausbau direktdemokratischer Instrumente im Steiermärkischen Volksrechtsgesetz sein. Außerdem wird die FPÖ dem gesundheitspolitischen Kahlschlag in den ländlichen Regionen aktiv entgegenzutreten. Zudem werden wir eng mit der neuen Bundesregierung zusammenarbeiten. Das Regierungsprogramm enthält viele zukunftsweisende Zielsetzungen, die seitens der Landespolitik aktiv unterstützt werden sollten. Schließlich sind gerade in den Bereichen Soziales, Förderungen und Asylwesen auch in der Steiermark dringend Reformen notwendig, um mittel- und langfristig wieder entsprechende budgetäre Handlungsspielräume zu schaffen.

## Wir Steirer: Wie beurteilen Sie die Arbeit der schwarz-roten Landesregierung?

**Hermann:** Diese bereits unglücklich gestartete Landesregierung hat in der Steiermark in den letzten Jahren eindrucksvoll bewiesen, dass sie nicht mehr zukunftstauglich ist. Die angestrebten Reformvorhaben in den Bereichen Wohnunterstützung und Gesundheit sind gänzlich misslungen und rufen vielerorts den heftigsten Protest der Bevölkerung hervor. Nichtsdestotrotz schwört vor allem der ÖVP-Landeshauptmann auf die bestehende Regierungskonstellation. Er betont gebetsmühlenartig bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit die Funktionalität des schwarz-roten Politrelieks. In den vergangenen Wochen hat sich allerdings eine zunehmend schlechter werdende Atmosphäre zwischen den selbsternannten „Zukunftspartnern“ abgezeichnet.

Die SPÖ versucht aufgrund der nicht unbedingt erfolgreichen Arbeit des gesamten SPÖ-Regierungsteams nun mit direkten und indirekten Angriffen auf die türkis-blaue Bundespolitik aufzufallen. Wie lange die steirische ÖVP diese halboppositionelle Haltung ihres Koalitionspartners zulässt, ist noch nicht

**Wie lange die steirische ÖVP diese halboppositionelle Haltung ihres Koalitionspartners zulässt, ist noch nicht absehbar. Der einzige Grund, weshalb sich diese beiden Parteien noch aneinander ketten, ist der Machterhalt.**



Stefan Hermann im Gespräch mit Verteidigungsminister Mario Kunasek.

absehbar. Der einzige Grund, weshalb sich diese beiden Parteien noch aneinander ketten, ist der Machterhalt. Eines steht jedenfalls fest, positive Aktivitäten und vernünftige Projekte dieser Landesregierung sind mehr als überschaubar.

**Wir Steirer:** In Ihrer Funktion als freiheitlicher Landespartei sekretär sind Sie auch federführend für die

**Landespartei verantwortlich. Welche Zielsetzungen hat sich die FPÖ Steiermark für 2018 gesteckt?**

**Hermann:** Eine zentrale Herausforderung wird es sein, weiterhin von der Bundesebene bis in die Kommunen zu wirken.

Die politische Arbeit in den Gemeinden liegt mir persönlich sehr am Herzen, dort findet Po-

litik im unmittelbaren Kontakt mit den Bürgern statt. Dementsprechend proaktiv wird die FPÖ Steiermark alle freiheitlichen Gemeinderäte unterstützen, damit wir in den Regionen bestmöglich für die Bevölkerung arbeiten können.

**Wir Steirer:** Die Landtagswahlen 2020 rücken stetig näher. Stellt die FPÖ noch immer den Anspruch auf den Landeshauptmannsessel?

**Hermann:** Natürlich. Ich habe bereits im Interview mit einer großen steirischen

Tageszeitung gesagt, mein Traum ist es, Mario Kunasek als Landeshauptmann zu sehen. Wir Freiheitliche sind jedenfalls bereit, auch auf Landesebene Verantwortung zu übernehmen und im Sinne der Steirer dieses Land erfolgreich mitzugestalten.

**Mein Traum ist es, Mario Kunasek als Landeshauptmann zu sehen.**

**Die politische Arbeit in den Gemeinden liegt mir persönlich sehr am Herzen, dort findet Politik im unmittelbaren Kontakt mit den Bürgern statt.**

**Wir Steirer: Danke für das Gespräch!**



## Regierungsprogramm 2017 bis 2022:

# „Zusammen. Für unser Österreich“

**Das 180-seitige und vom FPÖ-Bundesparteivorstand einstimmig beschlossene Regierungsprogramm mit der ÖVP ist die Basis für eine echte Veränderung zum Wohle aller Österreicher.**

Die Freiheitlichen sind mit insgesamt sechs Ministern und einem Staatssekretär an der Regierung beteiligt. In der Koalition mit der ÖVP ist Bundesparteiobmann HC Strache als Vizekanzler für die Ressorts Dienst und Sport zuständig, wo Förderungsmöglichkeiten optimiert werden sollen. Her-

bert Kickl, lange Zeit FPÖ-Generalsekretär, hat das Innenministerium übernommen, der Dritte Nationalratspräsident Nobert Hofer das Infrastrukturressort. Mario Kunasek, er war im Nationalrat auch Vorsitzender des Landesverteidigungsausschusses, wurde Verteidigungsminister, Karin Kneissl wieder-

rum Außenministerin. Ministerin für Soziales und Gesundheit ist Beate Hartinger-Klein. Sie ist Gesundheitsmanagerin und eine Expertin, wenn es um die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger geht. Der FPÖ-Abgeordnete und Steuerrechtsexperte Hubert Fuchs fungiert als Finanzstaatssekretär.

## 75 Prozent freiheitliche Inhalte im Regierungsprogramm

### Entlastung kleinerer Einkommen und von Familien sowie Erhöhung der Mindestpension

Bereits beschlossen wurde Anfang des Jahres als erster Schritt für die Bezieher kleiner Einkommen eine jährliche Entlastung von über 300 Euro. Personen, die bis zu 1.948 Euro brutto verdienen, sollen reduzierte Beiträge bei der Arbeitslosenversicherung bezahlen. Konkret soll die Entlastung für 600.000 Menschen spürbar werden. Großes Ziel bleibt aber die Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent. Darüber hinaus werden Familien über den „Familienbonus Plus“ mit einer Gutschrift von 1.500 Euro pro Jahr und Kind entlastet. Auch die Mindestpensionen für 40 Jahre Arbeit steigen mittelfristig auf 1.200 Euro netto.

### Sichere Grenzen, sichere Heimat und Stopp der illegalen Migration!

Entscheidende Inhalte – wie etwa im Sicherheitsbereich – wurden im Regierungsprogramm verankert, um der Entscheidung der Wähler auch entsprechend Rechnung zu tragen. Es gilt, das im Zuge des staatspolitischen Versagens bei der Grenzsicherung verlorene Vertrauen wiederherzustellen.

Neben einem Stopp der illegalen Zuwanderung müssen auch die EU-Außengrenzen geschützt und gegebenenfalls auch weiterhin die nationalstaatlichen Grenzen kontrolliert werden. Um dem Sicherheitsbedürfnis und der gestiegenen Ausländerkriminalität Herr zu werden, werden 2.100 zusätzliche Planstellen bei der Exekutive geschaffen.

### Keine Zuwanderung in den Sozialstaat und Anpassung der Mindestsicherung

Leistungen bei der Grundversorgung für Asylwerber werden an das oberösterreichische Modell angepasst. Dazu wird es in Zukunft nur noch Sachleistungen geben – eine eigene Unterkunft und damit eine Unterstützung der Asylindustrie wird verunmöglicht werden. Daneben wird der Asylmagnet Mindestsicherung neu gestaltet: 365 Euro Grundleistung und 155 Euro Integrationsbonus. Auch die Familienbeihilfe, die an Familien ins Ausland bezahlt wird, wird an die dortigen entsprechenden Lebensstandards angepasst werden, was einer Umsetzung des von der FPÖ seit Jahren geforderten Herkunftslandprinzips entspricht.



reich!“

**Leistung muss sich wieder lohnen!**

Für Unternehmen sind eine Senkung der Körperschaftsteuer und der Lohnnebenkosten sowie eine Entbürokratisierung, etwa bei der Lohnverrechnung, geplant. Um dem Leistungsprinzip endlich Sorge zu tragen, wird es einen deutlichen Unterschied zwischen dem Einkommen durch Arbeit und jenem durch Sozialleistungen geben. Die Mindestsicherung wird auf 1.500 Euro für Haushaltsgemeinschaften gedeckelt.

**Außenpolitik: Kein EU-Beitritt der Türkei und Staatsbürgerschaft für Südtiroler**

Einen EU-Beitritt der Türkei wird es mit der türkisch-blauen Regierung keinesfalls geben, hier muss es zu einem Abbruch der Verhandlungen kommen. Daneben wird Österreich als vertraglich festgesetzte Schutzmacht der Südtiroler für seine Landsleute die Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft ermöglichen, was auch dem Wunsch der im Südtiroler Landtag vertretenen Parteien entspricht.

**Wiedereinführung klassischer Noten und Deutschklassen für Ausländer**

Die Zurückdrängung sozialistischer und nach unten nivellierender Konzepte war der FPÖ seit jeher ein Anliegen. Ab der ersten Klasse Volksschule wird es wieder klassische Noten von eins bis fünf geben. Schüler mit schlechten Deutschkenntnissen kommen in eigene Deutschklassen.



Interview mit  
**Hannes Amesbauer, BA**  
(Nationalratsabgeordneter der FPÖ Steiermark)



Amesbauer: „Für mich als Abgeordneter wird der Österreicher immer im Mittelpunkt meines Handelns stehen.“

**Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter zum Nationalrat! Wie beurteilen Sie das Programm von ÖVP und FPÖ?**

**Amesbauer:** *Es ist ein großartiges Programm geschaffen worden, ganz im Sinne der hart arbeitenden Österreicher. Die FPÖ hat fast 75 Prozent ihres Wahlprogramms umsetzen können. Natürlich wäre uns allen eine Volksabstimmung über CETA lieber gewesen, doch musste hier ein Kompromiss gefunden werden, um die einmalige Chance auf Veränderung zu wahren.*

**Wir Steirer: Die Koalition legt ein großes Tempo vor. Die erste Regierungsklausur fand Anfang Jänner statt, zudem gab es bereits eine Entlastung von Arbeitnehmern.**

**Amesbauer:** *Es ist uns ernst, wenn es um die Entlastung kleiner Einkommensbezieher geht. Wir wollten das nicht auf die lange Bank schieben. Unser Ziel ist, dass vor allem kleinen Einkommensbezieher mehr zum Leben bleibt, wobei das langfristige Ziel eine generelle Senkung der Rekordabgabenquote ist.*

**Wir Steirer: Als ehemaliger Sozialsprecher der steirischen FPÖ dürfte Sie die Anpassung der Mindestsicherung besonders freuen?**

**Amesbauer:** *Das stimmt, denn dafür haben wir jahrelang gekämpft. Nachdem besonders SPÖ-Landesrätin Kampus und ihr Wiener Parteigenosse Häupl den Asylwerbern den goldenen Teppich für das Nichtstun ausgerollt hatten, war die Bundesregierung geradezu gezwungen, über eine bundesweite Regelung endlich einen deutlichen Unterschied zu echten Leistungsträgern anzustreben.*

**Wir Steirer: Was erwarten Sie für die kommenden Monate und Jahre?**

**Amesbauer:** *Wir werden das Vertrauen der Wähler nicht enttäuschen. Es braucht viele kleine Schritte, damit man am Ende auch am Ziel ankommt. Es gilt an den richtigen Schrauben zu drehen, um Österreich wieder auf Kurs zu bringen. Dabei haben wir der eigenen österreichischen Bevölkerung zu dienen.*

**Wir Steirer: Danke für das Gespräch!**

# Starke Steirer im

Die Nationalratswahl im vergangenen Oktober hat zu einer massiven Stärkung der Steiermark auf bundespolitischer Ebene geführt. So konnte aufgrund des starken Abschneidens der FPÖ die Anzahl der Nationalratsabgeordneten von fünf auf sieben gesteigert werden.

## Unsere Nationalräte im Überblick:



**HANNES AMESBAUER, BA**

Geburtsdatum und -ort: 18.04.1981 in Bruck an der Mur  
 Beruf: Landesbediensteter  
 Wahlkreis: 6D – Obersteiermark (Bezirke Bruck-Mürzzuschlag, Leoben, Liezen, Murau und Murtal)

**Ausschusszuständigkeiten:**

Mitglied im Ausschuss für Konsumentenschutz;  
 Ausschuss für Menschenrechte; Sportausschuss;  
 Verkehrsausschuss



**DIPL.-ING. CHRISTIAN SCHANDOR**

Geburtsdatum und -ort: 14.09.1974 in Fürstenfeld  
 Beruf: HTL- Lehrer  
 Wahlkreis: 6B – Oststeiermark (Bezirke Hartberg-Fürstenfeld, Südoststeiermark und Weiz)

**Ausschusszuständigkeiten:**

Mitglied im Landesverteidigungsausschuss;  
 Ständiger Unterausschuss des Landesverteidigungsausschusses;  
 Unterrichtsausschuss



**MMMAG. DR. AXEL KASSEGGER**

Geburtsdatum und -ort: 04.01.1966 in Friesach  
 Beruf: Unternehmer, Hochschullehrer  
 Wahlkreis: 6A – Graz und Graz-Umgebung

**Ausschusszuständigkeiten:**

Obmann im Wissenschaftsausschuss  
 Obmannstellvertreter im Ausschuss für Wirtschaft, Industrie und Energie;  
 Schriftführer im Geschäftsordnungsausschuss;  
 Mitglied im Ständigen Ausschuss des Budgetausschusses;  
 Ausschuss für Forschung, Innovation und Digitalisierung;  
 Landesverteidigungsausschuss;  
 Ständiger Unterausschuss des Landesverteidigungsausschusses



**WALTER RAUCH**

Geburtsdatum und -ort: 07.02.1978 in Feldbach  
 Beruf: Landesbediensteter  
 Wahlkreis: 6B – Oststeiermark (Bezirke Hartberg-Fürstenfeld, Südoststeiermark und Weiz)

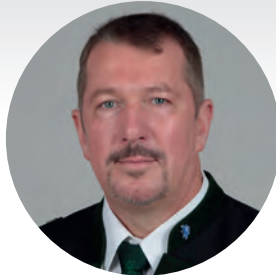
**Ausschusszuständigkeiten:**

Obmannstellvertreter im Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft; Umweltausschuss;  
 Schriftführer im Ausschuss für Konsumentenschutz;  
 Mitglied im Ständigen gemeinsamen Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948;  
 Ausschuss für Wirtschaft, Industrie und Energie;  
 Sportausschuss;  
 Umweltausschuss



# Parlament

Besonders erfreulich ist natürlich, dass mit Mario Kunasek und Beate Hartinger-Klein gleich zwei freiheitliche Minister aus der Grünen Mark kommen. Zusammen mit den drei Bundesräten verfügt die FPÖ-Steiermark somit künftig über 12 Mandatare auf bundespolitischer Ebene.



**MAG. GÜNTHER KUMPITSCH**

Geburtsdatum und -ort: 07.07.1960 in Eibiswald  
Beruf: Jurist im Landeskriminalamt der LPD Steiermark  
Wahlkreis: 6A – Graz und Graz-Umgebung

**Ausschusszuständigkeiten:**

Schriftführer im Verkehrsausschuss;  
Mitglied im Ausschuss für innere Angelegenheiten;  
Ständiger Unterausschuss des Ausschusses für innere Angelegenheiten;  
Volksanwaltschaftsausschuss



**JOSEF A. RIEMER**

Geburtsdatum und -ort: 21.03.1950 in Voitsberg  
Beruf: Erwachsenenbildung – Trainer  
Wahlkreis: 6C – Weststeiermark (Bezirke Deutschlandsberg, Leibnitz und Voitsberg)

**Ausschusszuständigkeiten:**

Schriftführer im Ausschuss für Menschenrechte;  
Umweltausschuss;  
Mitglied im Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft;  
Gesundheitsausschuss;  
Kulturausschuss;  
Tourismusausschuss



**WOLFGANG ZANGER**

Geburtsdatum und -ort: 04.12.1968 in Knittelfeld  
Beruf: Kaufmännischer Angestellter  
Wahlkreis: 6D – Obersteiermark (Bezirke Bruck-Mürzzuschlag, Leoben, Liezen, Murau und Murtal)

**Ausschusszuständigkeiten:**

Schriftführer im Rechnungshofausschuss;  
Mitglied im Ständigen Unterausschuss des Budgetausschusses;  
Ausschuss für Familie und Jugend;  
Geschäftsausschuss;  
Ständiger Unterausschuss des Rechnungshofausschusses



**GERD KRUSCHE**

Geburtsdatum und -ort: 05.05.1955 in Innsbruck  
Beruf: Technischer Angestellter

**Ausschusszuständigkeiten:**

Vorsitzender im Gesundheitsausschuss des Bundesrates;  
Schriftführer im Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates;  
Mitglied im Ausschuss für Verkehr des Bundesrates;  
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates;  
Finanzausschuss des Bundesrates;  
Umweltausschuss des Bundesrates;  
Wirtschaftsausschuss des Bundesrates



**PETER SAMT**

Geburtsdatum und -ort: 14.06.1957 in Graz  
Beruf: Selbständiger Planungstechniker

**Ausschusszuständigkeiten:**

Schriftführer im Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates;  
Umweltausschuss des Bundesrates; Mitglied im Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen des Bundesrates;  
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft;  
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates;  
Ausschuss für Verkehr des Bundesrates



**GOTTFRIED SPERRL**

Geburtsdatum und -ort: 12.08.1954 in Judenburg  
Beruf: Offizier im Ruhestand

**Ausschusszuständigkeiten:**

Da Gottfried Sperrl erst seit kurzem dem Bundesrat angehört, müssen seine Ausschusszuständigkeiten erst beschlossen werden.

# Deutsche Sprache auf dem Neuerlicher Anstieg von Kindern nichtde

## Anzahl fremdsprachiger Volksschüler erreicht neuen Rekordwert

Der Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache in öffentlichen Volksschulen hat im aktuellen Schuljahr 2017/18 einen neuerlichen Rekordwert erreicht. Für 9.012 Kinder, das sind 21,2 Prozent aller Volksschüler in der Steiermark, ist Deutsch nicht die Muttersprache, sondern eine Fremd- bzw. Zweitsprache. Das bedeutet, dass mittlerweile jeder fünfte Schüler nichtdeutscher Muttersprache ist. Besonders drastisch stellt sich die Situation in den steirischen Städten dar. In der Landeshauptstadt Graz ist die 50-Prozent-Marke mit 52,4 Prozent an Kindern nichtdeutscher Muttersprache längst überschritten.

## Knittelfeld bleibt Spitzenreiter bei der Anzahl an fremdsprachigen Schülern

Wie im Vorjahr weist auch heuer die Stadt Knittelfeld mit unglaublichen 53 Prozent den höchsten Wert an fremdsprachigen Volksschülern auf. Weitere Gemeinden mit bedenklich hohen Werten sind Neudau im Bezirk Hartberg-Fürstenfeld (46,7%), Kapfenberg (46,4%), Feldkirchen bei Graz (42,1%) und Liezen (41,8%).

## Explodierende Zahlen in der steirischen Landeshauptstadt

Im Vergleich zum Vorjahr ist in der Landeshauptstadt Graz die Anzahl an Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache weiter gestiegen. In den Stadtbezirken Lend und Gries beträgt der Anteil fremdsprachiger Volksschüler bereits über 90 Prozent. In den Bezirken Jakomini, Eggenberg und Gösting haben mittlerweile mehr als 70 Prozent der Kinder eine andere Muttersprache als



Deutsch und im Bezirk Innere Stadt sowie in Straßgang und Puntigam sind es über 50 Prozent. Absoluter Spitzenreiter ist auch heuer wieder die Volksschule St. Andrä mit 99,4 Prozent. Für 162 der insgesamt 163 Kinder dieser Schule ist Deutsch eine Fremd- oder Zweitsprache.

## Die Gesamtentwicklung ist erschreckend

In vielen steirischen Schulen sind heimische Schüler gegenüber fremdsprachigen Kindern bereits weit in der Minderheit. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur das Unterrichtsniveau für heimische Schüler, sondern auch ein geregeltes Miteinander aufgrund von Sprachbarrieren. Neben einer Trendumkehr in der Zuwanderungspolitik ist es wichtig, auch bildungspolitische Maßnahmen zu setzen, um diesem Negativtrend entgegenzuwirken.

Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache in den Grazer Stadtbezirken im Schuljahr 2017/18		
Platz	Bezirk	Anteil Kinder nichtdeutscher Muttersprache
1.	Lend	92% (+/-0)
2.	Gries	91,7% (+0,1)
3.	Jakomini	73,3% (+4,4)
4.	Eggenberg	72,2% (+1,8)
5.	Gösting	70,2% (+/-0)
6.	Innere Stadt	59,3% (+/-0)
7.	Straßgang	53,7% (+2,2)
8.	Puntigam	51% (+/-0)
9.	Wetzelsdorf	46,4% (+/-0)
10.	Geidorf	45,6% (-1,1)
11.	Liebenau	39,7% (+1,9)
12.	Waltendorf	25,8% (+3,4)
13.	St. Leonhard	25,5% (+/-0)
14.	Andritz	24,7% (+1,5)
15.	St. Peter	20,3% (+0,6)
16.	Mariatrost	14,8% (+0,9)

Quelle: Anfragebeantwortung durch SPÖ-Bildungslandesrätin Lackner vom 12.12.2017 (EZ 1958/2)

# Rückzug: deutscher Muttersprache



„Rangliste der steirischen Städte und Gemeinden mit einem hohen Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache im Schuljahr 2017/18“

Platz	Bezirk	Stadt/Gemeinde	Anteil in % (Veränderung zum Vorjahr)
1.	MT	Knittelfeld	53% (+0,3)
2.	G	Graz	52,4% (+1,3)
3.	HF	Neudau	46,7% (-5)
4.	BM	Kapfenberg	46,4% (+0,8)
5.	GU	Feldkirchen bei Graz	42,1% (+0,3)
6.	LI	Liezen	41,8% (+3,2)
7.	LI	Stainach	38,1% (-1,5)
8.	LE	Leoben	36,8% (+1,3)
9.	SO	Feldbach	35,6% (+3,2)
10.	BM	Bruck a.d. Mur	34,8% (-1,2)
11.	MT	Judenburg	32,7% (+2)
12.	MT	Zeltweg	32,2% (+/-0)
13.	LB	Leibnitz	32% (+3,2)
14.	LI	Rottenmann	31,4% (-6,7)
15.	GU	Kalsdorf	29,6% (-2,6)
16.	WZ	Weiz	29,2% (+2,7)
17.	BM	Mürzzuschlag	28,8% (-7,8)
18.	GU	Raaba-Grambach	28,1% (+4,4)
19.	GU	Seiersberg-Pirka	27,1% (+2,1)
20.	HF	Fürstenfeld	25,8% (+5,6)
21.	GU	Werndorf	25,5% (-1,9)
22.	GU	Deutschfeistritz	25,5% (+5)
23.	GU	Premstätten	24% (+2,8)
24.	WZ	Gleisdorf	23,7% (+0,1)
25.	LI	Bad Aussee	22,5% (-0,1)

Quelle: Anfragebeantwortung durch SPÖ-Bildungslandesrätin Lackner vom 12.12.2017 (EZ 1958/2)



Interview mit  
**LAbg. DI Hedwig Staller**  
(Bildungssprecherin der FPÖ Steiermark)



**Wir Steirer:** Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete Staller! Der Anteil von Kindern nichtdeutscher Muttersprache in steirischen Schulen hat einen neuerlichen Rekordwert erreicht. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

**Staller:** Es ist befremdlich, dass an manchen steirischen Schulen kaum mehr Deutsch gesprochen wird. In Graz gibt es Schulen mit einem Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache von über 90 Prozent. Steiermarkweit ist Deutsch bereits für jedes fünfte Kind eine Fremd- oder Zweitsprache. Diese Kinder können dem Regelunterricht aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse oftmals nicht folgen.

**Wir Steirer:** Wie sehen Sie den Umgang der politischen Verantwortungsträger mit dieser Thematik?

**Staller:** Während SPÖ und ÖVP in den vergangenen Jahren die Tragweite des Problems nicht erkannt haben, macht die neue türkis-blaue Regierung bereits Nägel mit Köpfen. So werden künftig im Hinblick auf den Übertritt ins Regelschulwesen strengere Kriterien gesetzt.

**Wir Steirer:** Wie stellen sich die Lösungsansätze der neuen Bundesregierung konkret dar?

**Staller:** Kinder, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, sollen in Zukunft vor dem Eintritt in die Volksschule die Vorschule besuchen. Ziel muss es sein, dass beim Eintritt in die erste Schulstufe alle Kinder über ausreichend Deutschkenntnisse verfügen, um dem Regelunterricht folgen zu können. Nur so kann gewährleistet werden, dass heimische Kinder im Unterricht nicht zu kurz kommen!

**Wir Steirer:** Danke für das Gespräch!



# Steirischer Budgetkurs mit griechischem Einschlag

## Ein Leben auf Pump hat Konsequenzen

Die Steiermark zählt zweifelsohne zu den schönsten und lebenswertesten Orten der Welt: Seien es die atemberaubenden Berge der Obersteiermark, das kulturelle Flair der Landeshauptstadt oder das unvergleichliche Weinland im Süden, die Grüne Mark braucht den Vergleich mit keinem Ort der Welt zu scheuen. Damit dies auch so bleibt, kommt der heimischen Politik eine besondere Verantwortung zu. Sie muss bei ihrem gesamten Handeln stets berücksichtigen, wie sich ihr heutiges Agieren auf die Leben zukünftiger Generationen auswirken wird. Dabei geht es nicht nur um umwelttechnische und infrastrukturelle Gesichtspunkte, sondern auch um die Sicherung der finanziellen Selbstbestimmung. Schließlich hat das Beispiel Griechenland gezeigt, dass ein Leben der öffentlichen Hand auf Pump zwar kurzfristig zu einer Erhöhung der Lebensqualität beiträgt, letztlich jedoch in einem Verlust der politischen Eigenständigkeit endet.

## Der Verschuldungsgrad hat sich vervielfacht!

Auch wenn die steirische Finanzlage (noch) nicht mit jener der hellenischen Halbinsel gleichzusetzen ist, zeichnen sich doch bereits gewisse Parallelen ab. So ist auch hierzulande die Verschuldungsquote innerhalb weniger Jahre explodiert. Verzeichnete die Steiermark im Jahr 2005 noch einen Schuldenstand von 1,1 Milliarden Euro, waren es fünf Jahre später schon 3,7 Milliarden Euro, 2017 summieren sich die Verbindlichkeiten bereits auf knapp fünf Milliarden Euro. Damit haben sich die Schulden des Landes Steiermark unter rot-schwarzer bzw. schwarz-roter Führung innerhalb von nur zwölf Jahren mehr als vervierfacht.

Dank SPÖ und ÖVP ist somit jeder Steirer – vom Kleinkind bis zum Pensionisten – mit rund 4.000 Euro allein an Landesschulden belastet.

## Irrweg wird 2018 fortgesetzt

Bedauerlicherweise setzt die Landesregierung diesen finanzpolitischen Irrweg auch in diesem Jahr kompromisslos fort. Dementsprechend prognostiziert das von Schwarz und Rot im Dezember des vergangenen Jahres beschlossene Budget für 2018 eine Finanzlücke von 247 Millionen Euro. Zurückzuführen ist dieses Minus nicht – wie ÖVP und SPÖ beharrlich behaupten – auf unabdingbare Investitionen, notwendige Sozialaufwendungen oder standortsichernde Forschungsausgaben. Der Grund liegt vielmehr darin, dass die Landesregierung



## Interview mit **LAbg. DI Gerald Deutschmann** (Budgetsprecher der FPÖ Steiermark)



**Deutschmann:**  
„Die Landesregierung stellt auch in diesem Jahr ihre bemerkenswerte Lernfähigkeit unter Beweis.“

**Wir Steirer:** Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter Deutschmann! Wie beurteilen Sie als freiheitlicher Finanzsprecher das Landesbudget 2018?

**Deutschmann:** Die Landesregierung stellt auch in diesem Jahr ihre bemerkenswerte Lernfähigkeit unter Beweis. Obwohl die Verschuldung des Landes Steiermark mit knapp fünf Milliarden Euro bereits im Vorjahr ungeahnte Höhen erreicht hat, verweigern die schwarz-roten Entscheidungsträger auch im Jahr 2018 jegliche Kurskorrektur. Das kann man nur als konsequent unverantwortlich bezeichnen.

**Wir Steirer:** Die Regierung verspricht Besserung und plant ab dem Jahr 2021 mit einem ausgeglichenen Budgetergebnis. Ist das realistisch?

**Deutschmann:** Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Ich darf in diesem Zusammenhang an den Dezember 2015 erinnern, als die Landesregierung der Bevölkerung das Nulldefizit bereits für das Jahr 2019 angekündigt hatte. In zwei Jahren wird es dann wahrscheinlich auf das Jahr 2023 verschoben worden sein. Dieses Herumlamen-

tieren verwundert mich mittlerweile allerdings wenig. Schließlich haben SPÖ und ÖVP seit 2005 Jahr für Jahr unter Beweis gestellt, dass sie zur Erstellung eines ausgeglichenen Budgets nicht in der Lage sind.

**Wir Steirer:** Was müsste die Landesregierung nach Ansicht der FPÖ finanzpolitisch ändern?

**Deutschmann:** Am meisten Gelder versickern ohne Frage im Bereich des Förderwesens. Hier wäre es längst notwendig, sämtliche Daten der Förderempfänger in die bundesweite Transparenzdatenbank einzuspielen, um dadurch Doppelgleisigkeiten im Subventionsbereich abzustellen. Darüber hinaus muss das Land sein überteuertes Flüchtlings- und Migrationswesen überarbeiten. Alleine die Grundversorgung von Asylwerbern und die Zahlungen an Migranten im Rahmen der Mindestsicherung verschlingen mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr. Darüber hinaus müssen endlich die undurchsichtigen Finanzierungsströme im Bereich des Gesundheitssystems gelichtet werden. Auch hier versickern jedes Jahr Millionen Euro.

**Wir Steirer:** Vielen Dank für das Gespräch!

beispielsweise Millionen Euro an Förderungen nach dem Gießkannenprinzip verteilt, alleine 87,5 Millionen Euro für die Grundversorgung von Asylbegehren ausgibt und sich ein unausgeglichenes Mindestsicherungsmodell in Höhe von rund 88 Millionen Euro leistet. Sollte die Landesregierung diesen Kurs fortsetzen, so wird die Verschuldungsquote der Steiermark bald 100 Prozent des Landesbudgets übersteigen.

Auch wenn es die Entscheidungsträger bei Schwarz und Rot nicht wahr haben wollen: In Griechenland hat es auch so angefangen...

# Radikal-Islam aus steirischen Schulen verbannen!

Unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit werden Kinder und Jugendliche im Islamunterricht immer öfter mit radikal-islamistischen Ideologien konfrontiert. In der jüngsten Vergangenheit kam es vermehrt zu Zwischenfällen mit islamischen Lehrern, die Kinder im Religionsunterricht bewusst ideologisch beeinflussten und islamistisches Gedankengut vermittelten.

Mittlerweile wird an 165 steirischen Schulen islamischer Religionsunterricht angeboten. Abgehalten wird dieser von insgesamt 39 Islamlehrern, die im Schuljahr 2016/2017 Personalkosten von rund 1,5 Millionen Euro verursachten. Religionslehrer an öffentlichen Schulen werden entweder von der Gebietskörperschaft angestellt oder von der betreffenden gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaft bestellt. Die Entscheidung, ob ein Religionslehrer fachlich geeignet ist, obliegt Vertretern der jeweiligen Glaubensrichtung.

## Verfassungsschutz warnt vor Muslimbruderschaft

Sicherheitsbehörden warnten unlängst davor, dass bei der Ausbildung von islamischen Religionslehrern neben der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) auch die umstrittene Muslimbruderschaft bereits eine Schlüsselposition einnimmt. Angesichts der Tatsache, dass die Muslimbruderschaft über bedenkliche Verbindungen verfügt und ihr Ziel die graduelle Islamisierung der Gesellschaft ist, herrscht besonderer Handlungsbedarf. Verschärft wird die Sachlage durch den Umstand, dass der IGGiÖ die Kontrolle und Bestückung der Bibliotheken österreichischer Justizanstalten entzogen wurde, nachdem eine salafistische Hetzschrift in deren Bestand aufgetaucht war. Der Islamischen Glaubensgemeinschaft ist es nunmehr untersagt,



Quelle: Kleine Zeitung, 06.10.2017, S. 24.

Bücher in Justizanstalten zur Verfügung zu stellen, dennoch ist sie nach wie vor für die Einstellung von Religionslehrern zuständig.

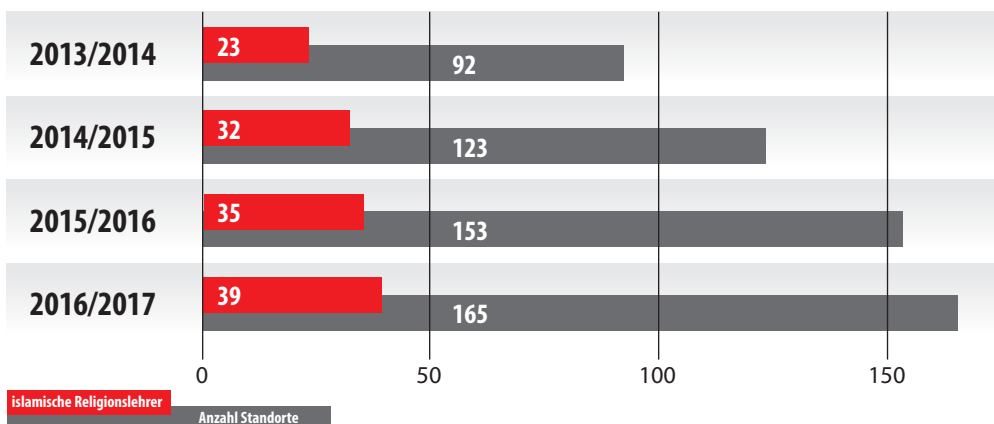
## Erklärung gegen Islamismus in steirischen Schulen

Vom Standpunkt einer verantwortungsvollen Bildungspolitik aus betrachtet ist es inakzeptabel, dass der Islamunterricht von Muslimen durchgeführt wird, die von der IGGiÖ ausgebildet wurden und möglicher-

weise in Verbindung zur islamistischen Muslimbruderschaft stehen. Angesichts der Gefahr, die von islamischen Hasspredigern in Schulen ausgeht, gilt es, das Lehrpersonal und vor allem die vermittelten Lehrinhalte verstärkt zu überprüfen. Ein geeignetes Mittel, um radikale Tendenzen aus Schulen zu verbannen, wäre die Unterfertigung einer Erklärung gegen den islamistischen Terrorismus sowie gegen den radikalen und politischen Islam. Diese sollten alle Islamlehrer in der Steiermark unterfertigen, ehe

## Islamischer Religionsunterricht an immer mehr Schulen

Schuljahr:





sie ihrer Tätigkeit als Religionslehrer nachgehen können. Die Verweigerung der Unterzeichnung einer solchen Erklärung müsste den Entzug der Lehrberechtigung zur Folge haben.

### Anzahl muslimischer Schüler steigend

Der Anteil an Schülern mit islamischem Religionsbekenntnis an steirischen Schulen ist weiterhin im Steigen begriffen. Im Schuljahr 2015/16 waren 5.389 Schüler muslimischen Glaubens, im aktuellen Schuljahr sind es 6.019, was einen Anstieg von rund 12 Prozent bedeutet. Insgesamt gibt es im Schuljahr 2017/18 55 Schulen in der Steiermark, an denen bereits jedes fünfte Kind Moslem ist. In Graz gehören schon 37 Prozent aller Kinder an öffentlichen Schulen dem islamischen Glauben an. In einigen Grazer Schulen beträgt dieser Anteil sogar über 70 Prozent. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, gilt es, die Zuwanderung aus islamischen Ländern rigoros einzuschränken. Darüber hinaus müssen muslimische Schüler angehalten werden, sich bestmöglich in unser Wertesystem einzugliedern, um das Entstehen von Parallelgesellschaften zu verhindern.



## Interview mit Marco Triller, BA (Landtagsabgeordneter der FPÖ-Steiermark)



Triller: „Der Hauptgrund ist mit Sicherheit die ungezügelte Massenzuwanderung in den letzten Jahren.“

**Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter Triller! Das Thema islamischer Religionsunterricht hat in den vergangenen Wochen zu heftigen politischen Diskussionen geführt. Welchen Standpunkt vertritt die FPÖ?**

**Triller:** *Vorkommnisse aus der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, dass gerade Islamlehrer oftmals Schüler indoktriniert und den Unterricht dazu missbraucht haben, weltanschauliche Überzeugungen fernab westlicher Werte zu vermitteln. Aus freiheitlicher Sicht muss diesen Entwicklungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegen gewirkt werden.*

**Wir Steirer: Wo sehen Sie die Gründe für diese negativen Entwicklungen?**

**Triller:** *Der Hauptgrund ist mit Sicherheit die ungezügelte Massenzuwanderung in den letzten Jahren. Die Migration aus muslimisch geprägten Ländern hat zur Entstehung von Parallel- und Gegengesellschaften geführt. Zudem gibt*

*es Hinweise darauf, dass die Islamische Glaubensgemeinschaft (IGGiÖ) von der radikalen Muslimbruderschaft infiltriert wurde. Besonders erschreckend ist diese Annahme vor dem Hintergrund, dass die IGGiÖ maßgeblichen Einfluss auf die Einstellung von Religionslehrern hat.*

**Wir Steirer: Welche konkreten Maßnahmen wären aus Ihrer Sicht notwendig?**

**Triller:** *Wir Freiheitliche haben im Rahmen einer Initiative die wesentlich strengere Kontrolle des Islamunterrichts durch den Landesschulrat beantragt. Darüber hinaus fordern wir, dass sich alle muslimischen Religionslehrer schriftlich vom IS-Terror und radikalen Überzeugungen distanzieren müssen. Im Falle einer Nicht-Unterzeichnung sollte umgehend Meldung an das Bildungsministerium erstattet und die Abberufung des betroffenen Lehrers eingeleitet werden. Oberste Zielsetzung muss zudem die Etablierung einer restriktiven Zuwanderungspolitik bleiben.*

**Wir Steirer: Danke für das Gespräch!**

# Packeln wie in alten Tagen!

## Schwarz-roter Postenschacher aus der Mottenkiste

**Statt sich den drängenden Herausforderungen beim Universalmuseum Joanneum zu stellen, erschöpfte sich die kulturpolitische Tätigkeit des zuständigen Regierungsmitgliedes auf den aus Urzeiten bekannten Proporz-Postenschacher.**

Seit 2008 wurden über 200 Millionen Euro aus Landesmitteln an das Universalmuseum Joanneum (UMJ) ausgeschüttet, trotzdem fehlt in vielen Bereichen ein für die steirische Bevölkerung interessantes und verständliches Angebot. Völlig unverständlich ist es, dass sich das Museum dem großen Habsburgischen Erbe der Stadt Graz nahezu gänzlich verschließt und stattdessen etwa in immer wieder neuen Versuchen mit dem Standort am Palais Herberstein herumexperimentiert.

Festzuhalten bleibt, dass es genügend Herausforderungen für den nunmehrigen Kulturlandesrat Christopher Drexler gäbe. Stattdessen erschöpfte sich die kulturpolitische Tätigkeit des zuständigen Regierungsmitgliedes auf den aus Urzeiten bekannten Proporz-Postenschacher. Die Bestellung der SPÖ-Funktionärin Alexia Getzinger ist als personalpolitischer Schlag ins Gesicht der steirischen Bevölkerung zu werten, wenn man das unwürdige Schauspiel rund um die Besetzung näher betrachtet. Die tiefe

Verhaftung innerhalb der SPÖ sowie ein dringender Ersatzjob scheinen die wesentlichen Kriterien für die Auswahl gewesen zu sein. Getzinger selbst bestätigte 2017 ungeniert die Regierungsübereinkunft zur Halbzeitlösung im Landesschulrat.

Sollte eine solche Vorgehensweise Schule machen, ist davon auszugehen, dass sämtliche Führungspositionen in landesnahen Unternehmen und Gesellschaften mit Parteigünstlingen besetzt werden. Per se stellt eine Parteimitgliedschaft kein Problem dar. Zum Problem wird es jedoch dann, wenn die Obfrau einer ehemaligen SPÖ-Vorfeldorganisation aufgrund einer auf sie zugeschnittenen Stellenausschreibung zum Zuge kommt. Dabei läge es im Interesse des Kunst- und Kulturstandortes Steiermark, unter Berücksichtigung der historischen Wichtigkeit des UMJ sowie der großartigen Leistungen und Bemühungen der Mitarbeiter, das Flaggschiff der steirischen Museumslandschaft von solchem Postentheater frei zu halten.

**Türkis** war vor den Wahlen die neue Modelfarbe – unter Sebastian Kurz wird die ÖVP modern, dynamisch, trendig, lautete die neue Frohbotschaft.

Trifft das, was die „Liste Kurz – die neue ÖVP“ den Österreichern versprach, auch in der Steiermark zu? Offensichtlich nicht, wie sonst wäre wohl die jüngste politische Packelei um das Universalmuseum Joanneum zu verstehen? Denn, dass es sich um einen klassischen Rückfall in die schlimmsten Zeiten des schwarz-roten Proporz handelt, kann niemand bestreiten.

Über den „Personal-Deal“ im Universalmuseum Joanneum berichtete die Kleine Zeitung am 29.10.2017, S. 20, treffend:

„Der bisherige Alleingeschäftsführer Wolfgang Muchitsch war fachlich unbestritten, seine Weiterbestellung fast eine Formsache.

Der neue zweite Chefposten hingegen ist Parteipolitik pur. Der 125.000-Euro-Job musste dringend her, um die Ex-SPÖ-Landtagsabgeordnete Alexia Getzinger zu versorgen. Die ist zwar eine angesehene Kulturmanagerin, nun soll sie aber plötzlich als Museumsfinanzchefin mit einem 38-Millionen-Euro-Budget agieren. Wie dreist man vorgeht, zeigt ein Blick zurück ins Jahr 2015: Damals vereinbarten Schützenhöfer und SPÖ-Vize Michael Schickhofer eine Halbzeitlösung im Landesschulrat. Präsidentin Elisabeth Meixner (ÖVP) und Vizepräsidentin Getzinger (SPÖ) sollten per Jahresende 2017 ihre Jobs tauschen, also Getzinger dann Präsidentin und Meixner Vize werden. Doch dann funkte die Bildungsreform des Bundes dazwischen. An der Spitze der neuen ‚Bildungsdirektion‘ gibt es nur mehr eine(n) ‚Bildungsdirektor(in)‘, aber blöderweise keinen Stellvertreter mehr. Damit hätte Meixner – sie ist freigestellte Lehrerin an der Neuen Mittelschule in Gnas – womöglich zurück in den Unterricht müssen.

Das galt es zu verhindern, zumal Meixner in VP-Funktionärskreisen gut vernetzt und anerkannt ist. Schon 2016 versuchte die ÖVP vertraulich, das Schulratspaket aufzuschnüren. Reaktion der SPÖ: Meixner könne Präsidentin bleiben, aber dann müsse für Getzinger eine ‚andere Lösung‘ her.

So kam es, dass ÖVP-Landesrat Drexler notgedrungen für die SPÖ-Frau auf Jobsuche ging. Kurz zuvor hatte Getzinger noch als ÖVP-Feindbild gegolten, weil sie für die SPÖ-Kinderfreunde ständig hohe Landesförderungen lukrierte.

Nun aber agierte die steirische ‚Zukunftspartnerschaft‘ in höchster Pracht und Vollendung. Die Joanneum-Führung spaltete man auf, der Finanzjob wurde völlig ungeniert auf Getzinger zugeschnitten: Gesucht wurde nicht etwa ein Betriebswirt, sondern jemand mit Studium, vorzugsweise im Bereich Kulturmanagement (das studierte Getzinger). Weitere Schmankerl



## Kulturforum Steiermark bringt Oktoberrevolution ins Landhaus

Das Kulturforum Steiermark beleuchtet die Oktoberrevolution.



Der Vorsitzende des Kulturforums und Dritter Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann lud unter dem Titel „100 Jahre Oktoberrevolution in Russland und ihre weltgeschichtlichen Folgen“ zum historischen Diskurs.

Auf Einladung des Vorsitzenden des „Kulturforum Steiermark“ Dr. Gerhard Kurzmann diskutierten der Journalist und Publizist Prof.h.c. Mag. Peter Meier-Bergfeld sowie KPÖ-Landtagsabgeordneter Dr. Werner Murgg über die weltgeschichtlichen Folgen der Oktoberrevolution in Russland. Unter den rund 70 Gästen befanden sich zahlreiche Landespolitiker, unter anderem FPÖ-Landesparteioobmann Mario Kunasek, LAbg. Andrea-Michaela Schartel, LAbg. Liane Moitzi und LAbg. Christian Cramer.

100 Jahre russische Revolution ist die Erinnerung an ein historisch einmaliges Ereignis, das aber weltgeschichtliche Auswirkungen hatte, unter anderem lässt sich die Teilung Europas nach 1945 als Folge erkennen. Nicht nur für die Menschen in Russland, sondern auch im weiteren Verlauf der Geschichte für die Menschen in Europa. Für das Kulturforum stellte Dr. Kurzmann fest, dass man es für wichtig gehalten habe, die Revolution mit dem roten und weißen Terror sowie dem fünfjährigen russischen Bürgerkrieg zu beleuchten.

Prof. Meier-Bergfeld legte dar, dass natürlich über 100 Millionen Tote als Folge der sowjetischen Herrschaft zu Buche stünden. Andererseits gab es unglaubliche Fortschritte, die die Sowjetunion gemacht hat, vom ersten Menschen im Weltall, der besseren Bildung von Frauen bis hin zur Alphabetisierung breiter Bevölkerungsschichten. Dr. Murgg bekannte sich für die KPÖ zum Erbe des roten Oktobers, wobei man in einigen Punkten vielleicht zu unkritisch gewesen sei. Die KPÖ Österreich jedenfalls sei an den Knotenpunkten der österreichischen Geschichte 1918, 1934, 1938, 1945 und auch beim EU-Beitritt 1994 immer auf der richtigen Seite der Geschichte gestanden.



Kleine Zeitung vom 29.10.2017, S. 20.

20 | Steiermark

Kleine Zeitung  
Sonntag, 29. Oktober 2017



**HAKELZIEH'N.** Neubesetzung der Chefs im Universalmuseum Joanneum als politische Farce. Auch im Landesschulrat wird es spannend.  
Ernst Sittlinger

### Ein Topjob als „Tanzmusik auf Bestellung“



Geplatzte Halbzettel-Lösung im Landesschulrat: Schützenhöfer, Getzinger, Meißner, Schickhofer

aus dem Stelleninserat: Ideal wären Führungserfahrung in einer ‚Bildungseinrichtung‘ sowie ‚Vernetzung mit Schulen und Bildungseinrichtungen‘. Also Landesschulrat!

Getarnt wurde die böse Absicht nur notdürftig, indem man dem neuen Finanzchef – neben der kaufmännischen Führung – auch die ‚Entwicklung von Angeboten im Jugend- und Bildungsbereich‘ zur Aufgabe stellt. Getzinger soll das Museum mit den Schulen vernetzen (allerdings gibt es im Joanneum bereits jetzt ein exzellentes Schulkarten-Modell für jährlich 26.000 Schüler).

Ergebnis ist also eine bemerkenswert unscharfe Rollenverteilung der Geschäftsführer und ein Anforderungsprofil, über das die Fachwelt lacht. Die Ausschreibung sei ‚komplett unlogisch‘, urteilt etwa der Finanzvorstand der renommierten Chip-Schmiedams AG, Michael Wachslers-Markowitsch.“

So sieht also die „Neue ÖVP“ in der Steiermark aus.

Till E. Spiegel

**Kommentar:**

**Wolfgang Zanger**  
(Nationalratsabgeordneter und  
Rechnungshofspracher der  
FPÖ im Parlament)



Das Land Steiermark muss ein erhöhtes Interesse an einer raschen Umsetzung der vom Rechnungshof genannten Verbesserungsvorschläge haben. Schließlich fließt in der Grünen Mark seit Jahren konstant etwa jeder fünfte Euro des Landesbudgets in Subventionen und Förderungen.

Alleine der Umstand, dass einige der Förderungsempfänger nicht nur vom Land Steiermark, sondern auch von den Gemeinden oder vom Bund finanzielle Unterstützung für dieselben Projekte erhalten, untermauert den dringenden Handlungsbedarf.

Durch ein Abstellen dieser Mehrfachförderungen könnten zweifelsohne auf allen politischen Ebenen massive Einsparungen erzielt werden. Die Regierungsverhandlungsteams von ÖVP und FPÖ haben dieses Potential erkannt. So findet sich im Regierungsprogramm der nunmehrigen türkisblauen Bundesregierung auch das Vorhaben „Volle Transparenz über staatliche Förderleistungen schaffen und Transparenzdatenbank effektiv umsetzen.“

Die FPÖ wird jedenfalls zu ihrem Wort stehen und dafür sorgen, dass der Fördersumpf trocken gelegt wird.

# Förderdschungel lichten!

**Freiheitliche orten großes Einsparungspotential bei Subventionen – Transparenzdatenbank muss nun endlich befüllt werden.**



Bereits im Jahre 2010 unternahm die Bundesregierung den Versuch, mittels Einführung einer Transparenzdatenbank den Doppel- und Mehrfachförderungen und dem damit einhergehenden Subventionsmissbrauch den Riegel vorzuschieben. Entgegen den großmündigen Ankündigungen legten die ehemaligen Großparteien SPÖ und ÖVP jedoch einen gänzlich zahnlosen Gesetzesentwurf vor.

Die ambitionierten Ziele waren damals eine effizientere und missbrauchssichere Förderungsabwicklung, eine wirksame Steuerung des staatlichen Leistungsangebots und des Fördermitteleinsatzes sowie einen erheblichen Beitrag zu den budgetären Einsparungszielen zu leisten.

Wie enttäuschend das Ergebnis insgesamt ist, bringt ein jüngst erschienener Prüfbericht des Rechnungshofes auf den Punkt: „Sechs Jahre nach der Einführung waren diese Ziele nicht erreicht – und das bei Kosten von etwa 13,6 Millionen Euro. Stattdessen war ein kompliziertes Instrument entstanden, das durch eine Vielzahl an Leistungen überfrachtet war.“ Die Länder und Gemeinden melden zudem keine Zahlungen, Daten werden kaum genutzt.

# Fachabteilungen des Landes in Regionen ansiedeln!

FPÖ für Stärkung des ländlichen Raumes. Der freiheitliche Landtagsantrag wurde von SPÖVP angenommen.



Die Steiermark ist geprägt von ihren unterschiedlichen Regionen. Dabei stellen die Gemeinden das direkte Lebensumfeld der Steirer dar und sind für das Selbstverständnis der Grünen Mark von identitätsstiftender Bedeutung. Ihr Schutz und ihre Weiterentwicklung sollten vorrangiges Ziel jeglicher kommunal- und landespolitischer Bestrebungen sein. Die demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen tragen jedoch vermehrt dazu bei, dass es zur Abwanderung aus dem ländlichen Raum in Richtung der Ballungszentren kommt.

Dutzende Kommunen kämpfen mit Leerständen und Arbeitslosigkeit – Faktoren, die letzten Endes zum „Sterben“ ganzer Gebiete führen können. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, wird es in Zukunft notwendig sein, vor allem strukturschwache Bezirke dahingehend zu fördern, dass es wieder zu Ansiedelungen unter anderem von Ärzten, Nahversorgern und Gasthäusern kommt. Die Regionen müssen über eine attraktive Infrastruktur verfügen.

Neben dem Ausbau von Verkehrswegen hat die öffentliche Hand zudem die Möglichkeit, Einrichtungen des Bundes und der Länder gezielt in periphere Regionen auszulagern. Die FPÖ Steiermark forderte daher zuletzt eine Untersuchung, welche öffentlichen Einrichtungen für eine Verlegung weg von Graz hin zu dezentralen Standorten geeignet wären.



Interview mit  
**Arnd Meißl**  
(Landtagsabgeordneter  
der FPÖ Steiermark)



**Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter Meißl! Die steirischen Regionen kämpfen immer mehr ums Überleben. Was kann und sollte die Politik dagegen tun?**

**Meißl:** Die rot-schwarze Landesregierung neigt dazu, große Versprechungen zu machen, die sie später nicht einhält. Dies war bereits beim Sicherheitspakt 2010 so, wo LH Schützenhöfer den Steirern 300 neue Polizisten versprach und nach der Wahl sich nicht mehr daran erinnern wollte. Mit der Lösung für die Infrastrukturprobleme der Regionen verhält es sich ähnlich. Die Regierung verspricht sich viel von der Einführung von Regionalverbänden durch das neue Regionalentwicklungsgesetz, vergisst aber völlig darauf, dass man auch selbst tätig werden kann und sollte. Formalismen alleine werden die Abwanderungsproblematik in die Ballungsräume nicht lösen können. Die türkis-blaue Bundesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm bereits festgeschrieben, dass nachgelagerte Stellen der Bundesverwaltung in den Bundesländern angesiedelt werden sollen.

**Wir Steirer: Welche konkreten Maßnahmen können in der Steiermark gesetzt werden?**

**Meißl:** Das Amt der Landesregierung verfügt über 17 Abteilungen und beschäftigt damit tausende Mitarbeiter. Nahezu alle Dienststellen befinden sich in der Landeshauptstadt Graz. Wir wollen nun in einem ersten Schritt prüfen, welche davon für Auslagerungen in die Regionen geeignet sind und Ansiedelungen in strukturschwache Gebiete einleiten.

**Wir Steirer: Welche Auswirkungen erhoffen Sie sich davon?**

**Meißl:** Wir sind überzeugt, dass es durch die Ansiedelung von Landes- aber auch Bundesabteilungen in peripheren Gebieten zu einer Stärkung der Regionen kommt und damit der ländliche Raum belebt wird. So können wir nachhaltig die Ausdünnung entlegener Kommunen stoppen.

**Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!**

# Wir sind für die **STEIRERER** da!



**Büro Kunasek –  
Unser freiheitliches Bürgerbüro  
ist für euch da:**

Telefon: +43 (0) 316/375 300  
E-Mail: [mkunasek@fpoe-stmk.at](mailto:mkunasek@fpoe-stmk.at)  
Web: [mkunasek.at/buergerbuero](http://mkunasek.at/buergerbuero)

